eigenen Erfahrungen in der Deutschen Demokratischen Republik und durch die enge Zusammenarbeit mit unseren Genossen derartig gefestigt, daß sie entschlossen sind, in dieser Auseinandersetzung konsequent die Wahrheit über die Arbeiter- und Bauemmacht zu vertreten. (Beifall.) Sie lassen sich nicht beirren, die Wahrheit zu sagen über die Rechte der Gewerkschaften in der Deutschen Demokratischen Republik, die Wahrheit über das Leben der Werktätigen, ihre Errungenschaften, ihre Klubhäuser, ihre Erholungsheime, die Wahrheit über die Gesetze und Verordnungen, die die Rechte der Arbeiter in der Deutschen Demokratischen Republik festlegen.

Es ist etwas Neues bei vielen Arbeitern in Westdeutschland, daß sie nicht mehr vor dem Druck der Gewerkschaftsbürokratie zurückweichen, sondern offen und entschlossen für ein gutes Verhältnis zu den Arbeitern in der Deutschen Demokratischen Republik eintreten. (Beifall.) Diese Tatsache wird noch dadurch unterstrichen, daß die Delegierten der Zeche „Anna II“ nach ihrer Rückkehr aus der Deutschen Demokratischen Republik ein Dank- und Begrüßungsschreiben an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Genossen Wilhelm Pieck, gerichtet haben, welches sie mit voller Adresse und unter Angabe ihrer Funktionen Unterzeichneten. (Beifall.)

Das Resultat der Tätigkeit dieser Delegation ist, das in der gesamten Bergarbeiterbevölkerung von Alsdorf ein völlig anderes Verhältnis zur Deutschen Demokratischen Republik, zur Arbeiter- und Bauemmacht eingetreten ist. Die Hetzapostel verlieren in Alsdorf immer mehr an Boden.

Infolge der Politik der Hohen Behörde der Montanunion erfolgen im Ruhrbergbau in der letzten Zeit Feierschichten in größerem Ausmaße, Entlassungen und Kurzarbeit. Auf Grund dessen ist die Diskussion in den Betrieben und Gewerkschaften über den Ausweg aus dieser Lage immer größer geworden. Unsere Landtagsfraktion hat, den Wünschen der Bergarbeiter folgend, im Landtag den Antrag gestellt, daß die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik direkte Verhandlungen aufnehmen soll, um die wirtschaftlichen Beziehungen in Deutschland zu normalisieren und auf dieser Gmndlage einen größeren Absatz von Kohle und Koks in der Deutschen Demokratischen Republik zu sichern. Dieser Antrag hat bei den Bergarbeitern einen großen Widerhall gefunden.